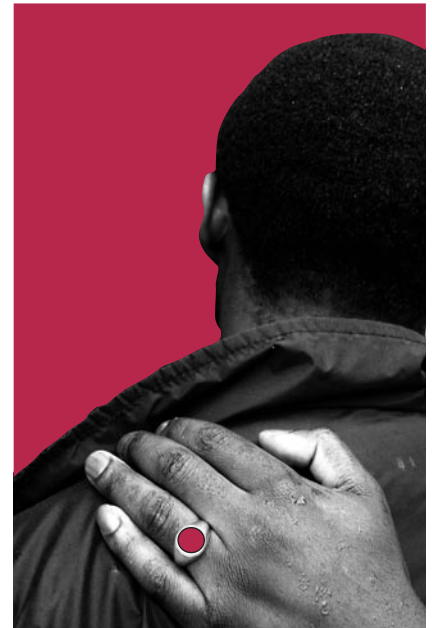


Aus der Opferperspektive

Rechte Gewalt ist in Deutschland in diesem Jahr wieder zu einem in der Öffentlichkeit viel beachteten Thema geworden. Kurz vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft wurde in Potsdam der Agrarwissenschaftler Ermyas M. von Rassisten ins Koma geprügelt. Auch mehrere Angriffe auf Geschäfte von MigrantInnen in Rheinsberg gingen auf rassistische Motive zurück. Als der vormalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye dann – auf seine Weise, aber völlig zurecht – darauf hinwies, wie vorsichtig sich schwarze Deutsche und MigrantInnen in Brandenburg bewegen müssen, löste er eine Debatte über »No-go-Areas« aus, in der allerdings zwischen Aufregung und Verharmlosung die Perspektive der Opfer keinen angemessenen Platz mehr fand.

Die Zahl rechter Gewalttaten wird 2006, nach den vorläufigen Zahlen, bundesweit wieder zunehmen – wie schon letztes und vorletztes Jahr. In Brandenburg wird die Bilanz wohl nicht schlimmer ausfallen als 2005. Zur Zustandsbeschreibung in Brandenburg gehört auch, obschon kein Gewaltdelikt, was sich am 9. November 2006 in Frankfurt (Oder) ereignete: 16 Rechtsextremisten warfen Blumengebinde umher und urinierten, den »Führer« grüßend, auf den Gedenkstein für die niedergebrannte Synagoge. Dieser Rundbrief ist eine Extraausgabe, mit der wir all jenen, die unseren Verein unterstützen, Einblick in unsere Arbeit gewähren und für ihr Engagement danken möchten.

Opferperspektive e.V.



INHALT

BERICHT

Opferperspektive: Einblicke 2006

IM GESPRÄCH

Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung

TAGUNGSBERICHT

»Das fliegende Klassenzimmer«

BERICHT

»Diese Gleichgültigkeit kann ich einfach nicht begreifen«

PROJEKT

Ausstellung »Opfer rechter Gewalt«

FOKUS

Rechte Szene in Hennigsdorf

MONITOR

Rechte Gewalt – drei Monate in Brandenburg

NEUE ANSCHRIFT

Opferperspektive (ab 1.1.2007)
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 817000-0
Mobil: 0171 1935669

FÖRDERMITTEL GEGEN RECHTS

Opferperspektive wird weiter gefördert

Überschattet wurde die Arbeit der Opferperspektive 2006 von dem drohenden Entzug von Fördermitteln, auf die der Verein zur Finanzierung seiner MitarbeiterInnen angewiesen ist. Das CDU-geführte Bundesfamilienministerium hatte angekündigt, den Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt und den mobilen Beratungsteams, die Kommunen und Bürgerinitiativen bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus unterstützen, im kommenden Jahr keine Förderung mehr zu gewähren. Im Oktober sah sich der Verein deshalb gezwungen, den OpferberaterInnen zum Jahresende zu kündigen. Die Pläne des Familienministeriums stießen jedoch auf massive öffentliche Kritik und wurden auch von Fachpoliti-

kerInnen und WissenschaftlerInnen zurückgewiesen. Im November erhielten die ostdeutschen Opferberatungsstellen und mobilen Beratungsteams, die eng zusammenarbeiten, schließlich die Zusage, dass die bisherige Förderung aus dem Bundesprogramm CIVITAS um ein halbes Jahr verlängert werden wird. Bis Mitte 2007 soll eine längerfristige Lösung gefunden werden.

Wichtig und erfreulich ist zudem, dass der Brandenburger Landtag und die Landesregierung sich angesichts der Krisensituation bereit erklärt haben, die Finanzierung der Opferperspektive notfalls auch ohne Bundesförderung sicherzustellen. Der Verein wird seine Arbeit daher im kommenden Jahr fortsetzen können.

Opferperspektive: Einblicke 2006

Auch 2006 stand die Hilfe für Opfer rechter Gewalt im Mittelpunkt der Vereinsarbeit. Im ersten Halbjahr berieten und betreuten die sechs hauptamtlichen MitarbeiterInnen 199 Opfer rechter Gewalttaten sowie 65 Personen, die als Angehörige von Opfern oder als Zeuginnen mittelbar von Angriffen und Straftaten betroffen waren.

Nur wenige Opfer suchen von sich aus Hilfe. Um möglichst allen Geschädigten Beratung anbieten zu können, verfolgt die Opferperspektive das Konzept der aufsuchenden Beratung. Dazu gehört die tägliche Auswertung von Presseberichten nach Delikten mit rechtsextremem Hintergrund. Doch das reicht nicht aus. Von vielen Vorfällen erfährt die Opferperspektive erst mit Verzö-

gerung. Dadurch können die Opfer nicht die schnelle Hilfe erhalten, die der Verein anbieten will. Um diesen Missstand zu beheben, wird ein besserer Informationsaustausch mit der Polizei angestrebt.

Über die Einzelfallberatung hinaus informiert die Opferperspektive im Internet über Hintergründe und aktuelle Entwicklungen rechter Gewalt. Zeuginnen, Angehörigen und Betroffenen steht unter www.opferperspektive.de ein ausführlicher Online-Ratgeber zur Verfügung. Das Heft »Was tun gegen rechte Gewalt?«, dessen erste Auflage innerhalb kurzer Zeit vergriffen war, wird noch in diesem Jahr neu aufgelegt und wieder kostenlos an Jugendliche verteilt werden. Die Ausstellung »Opfer rech-

ter Gewalt«, die seit 2004 bereits an 35 Orten zu sehen war, soll ebenfalls überarbeitet werden. Auch hier besteht bundesweit eine hohe Nachfrage: Für 2007 sind bereits neun Ausstellungsorte fest eingeplant. Mit diesen Projekten sowie Veranstaltungen und Workshops, in denen über rechte Gewalt informiert wird, versucht die Opferperspektive, Jugendliche und BürgerInnen für das Problem zu sensibilisieren. Eine besondere Zielgruppe wollte der Verein, besonders nach den Diskussionen über »No-go-Areas«, außerdem ansprechen: Zahlreiche PolitikerInnen nutzten die Gelegenheit, sich im Rahmen eines »Mobilen Fachtages« im September 2006 vor Ort über die Arbeit gegen Rechtsextremismus zu informieren.

IM GESPRÄCH

»Eine Stadt, in der viele Neonazis zu Hause sind«

Gisela Guskowsky-Bork ist Mitglied des Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung.



Ordner bei einer Neonazi-Demonstration, August 2004

Auf der Veranstaltung bei dem »Mobilen Fachtage« am 29. September 2006 begrüßten Sie es, dass Wittstock mit seinen Problemen in der Öffentlichkeit steht. Warum?

Wir sind nun einmal eine Stadt, in der viele Neonazis zu Hause sind. Die rechte Szene ist hier Teil des alltäglichen Le-

bens. Es reicht nicht, nur dann darüber zu sprechen, wenn die Rechten jemanden zusammengeschlagen haben. Vielmehr müssen wir das Thema auch im Alltag angehen. Ich finde es wichtig, dass nicht nur unser Bündnis versucht, sich eindeutig zu verhalten, sondern auch der Bürgermeister, die Schulen und Vereine. Es gibt da schon gute Ansätze. Die Vereine versuchen zum Teil aber immer noch, sich unpolitisch zu geben, ohne zu merken, dass das nicht geht. Eine wichtige Rolle spielt die *Märkische Allgemeine*. Als lokale Zeitung muss auch sie klar Position beziehen. Ich freue mich, dass wir dort zunehmend auf offene Ohren stoßen. Wenn Wittstock in der überregionalen Presse ist, dann wirkt das wie ein Stachel, der diese Diskussion am Laufen hält. Das hilft uns.

Wie gehen Sie damit um, dass die Neonazi-Szene einen Laden in Wittstock betreibt?

Der Laden liegt ja ganz in der Nähe des

historischen Stadtkerns, da gehen viele vorbei. Deshalb haben wir überlegt, eine Informationsveranstaltung auf der Straße zu machen, direkt vor dem Laden, vielleicht an einem Markttag. Aber nun ist der Laden seit einigen Tagen geschlossen. Wir wissen noch nicht, ob das längerfristig so sein wird.

Wie sehen die Pläne Ihres Bündnisses für die Zukunft aus?

Wir werden uns weiter in die Diskussion in der Stadt einmischen. Wir müssen Alternativen schaffen, aber das können wir nicht allein. Ein positives Beispiel ist das jährliche »Rock gegen Rechts«-Konzert, das Jugendliche selbst organisieren. Wir unterstützen sie so gut wir können, weil die Stadt auch für nicht-rechte Jugendliche, überhaupt für interessante Leute wieder attraktiv werden soll. Außerdem wollen wir Kontakte zu Bürgerbündnissen in der Umgebung knüpfen. Wir beteiligen uns selbstverständlich auch am Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch in Halbe.

»Das fliegende Klassenzimmer«



Vortrag vor einem Neonazi-Geschäft, September 2006, Foto: Aktionsbündnis

Am 29. September hatte die Opferperspektive mit dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu einem »Mobilen Fachtag« eingeladen. PolitikerInnen, JournalistInnen sowie VertreterInnen von Verbänden und Institutionen sollten sich ein Bild von der Arbeit gegen Rechtsextremismus in ländlichen Regionen Brandenburgs machen, und zwar vor Ort. Martin Ziegenhagen, der für den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie teilnahm, schildert seine Eindrücke.

In seinem Klassiker »Das fliegende Klassenzimmer« beschrieb Erich Kästner, wie Lernerfolg und Erkenntnisgewinn durch praktische Erfahrung und direktes Erleben verstärkt werden können. Folgerichtig wird in seiner Geschichte der Unterricht zum Lokaltermin. Ob die MitarbeiterInnen der Opferperspektive sich von Kästners Buch inspirieren ließen, weiß ich nicht. Offenbar aber teilen sie seine pädagogischen und didaktischen Vorstellungen. Jedenfalls haben sie seine Idee in die Tat umgesetzt, indem sie Menschen in einen vollgepackten Reisebus setzten und einen Tag lang einen plastischen Eindruck davon vermittelten, was ihr täglich Brot ist: die komplizierte Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Umtrieben im Land.

An sorgfältig ausgewählten Orten wurden den FachkollegInnen, JournalistInnen und zahlreichen PolitikerInnen aus Landtag, Bundestag und Europaparlament die vielfältigen Problemlagen vor Ort und die Facetten der Beratungsarbeit veranschaulicht. Während der Busfahrten zwischen den Statio-

nen rundeten ergänzende Vorträge das Programm ab. Allein für die reibungslose Organisation gebührt den VeranstalterInnen Anerkennung. Mein Dank gilt ihnen für die gewonnenen Einsichten: Die vorgestellten Projekte, die Anstrengungen in einer Kommune unter schwierigen Voraussetzungen, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz sind Ergebnisse jahrelanger Kleinarbeit vieler Beteiligten. Der Anteil der Opferperspektive, des Aktionsbündnisses und des Mobilen Beratungsteams kann dabei nicht hoch genug geschätzt werden.

Wie nötig diese Arbeit ist, zeigte exemplarisch ein Erlebnis in Wittstock. Mitten in der beschaulichen Altstadt ist ein Geschäft ansässig, in dem sich der Neonazi von heute mit Devotionalien und Kleidungsstücken versorgen kann – was man so braucht im täglichen Kampf gegen die Demokratie. Niemanden scheint das zu stören, Rechtsextremisten haben hier leichtes Spiel. Eine junge Angestellte und zwei kurzgeschorene Männer, die sich in dem Geschäft aufhielten, zeigten sich an-

gesichts unserer »Reisegruppe« irritiert. Vor dem Geschäft versammelt, ließen wir uns erläutern, was es mit dem Laden und seiner Kundschaft auf sich hat. Offensichtlich waren sie es nicht gewohnt, dass BürgerInnen sich informieren, unerschrocken und für jedermann sichtbar. Prompt stürzte die Verkäuferin auf die Straße und forderte die Menge auf, den Gehweg freizumachen. Wir würden, rief sie, mit unserer Anwesenheit ihren Arbeitsplatz gefährden.

Die Episode veranschaulichte, womit man es inzwischen zu tun hat: Die Neonazis, die den Schritt in die so genannte Mitte der Gesellschaft vollzogen haben, treten als ElternvertreterInnen, Sportvereinsvorsitzende oder eben als Geschäftsleute auf. Nur wenige Menschen stellen sich dem entgegen. Spätestens der Blick in die Gesichter der wenigen »Aufrechten« des Wittstocker Bürgerbündnisses hat alle TeilnehmerInnen davon überzeugt, wie wertvoll die Arbeit ist, die die MitarbeiterInnen der Opferperspektive leisten.

Martin Ziegenhagen,
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

»Diese Gleichgültigkeit kann ich einfach nicht begreifen«



Olga Schell in Cottbus, Mai 2006, Foto: Veronika Hofinger

Drei Jahre lang hat Olga Schell Opfer rechter Gewalt in Brandenburg betreut. Sie hat sie zur Polizei, vor Gericht und bei Behördengängen begleitet. Bevor die Sozialpädagogin zum Jahresende bei der Opferperspektive aufhören wird, hat sie in einem Gespräch, das im Folgenden in Ausschnitten dokumentiert wird, ihre Erfahrungen zusammengefasst.

Es ist vor allem die Erfahrung, als Mensch herabgewürdigt zu werden, die die Opfer derart aus der Bahn wirft. Die psychische Verletzung ist viel gravierender als die körperliche, außer bei wirklich lebensgefährlichen Angriffen. Besonders bei MigrantInnen zerstören die Taten regelrecht das Selbstbild. Sie haben sich als normale Menschen gesehen, und plötzlich wird ihnen klar gemacht, dass sie für andere minderwertig sind. Das ist ein Schock. Sie suchen eine übergeordnete Instanz, die die Gerechtigkeit wiederherstellen soll. Mit dieser Erwartung gehen viele zur Polizei. Meiner Erfahrung nach sind die meisten

PolizistInnen sich dieser Erwartungshaltung und ihrer Bedeutung überhaupt nicht bewusst. Die gucken, wie schwer sind die äußerlichen Verletzungen, und wenn da nicht viel ist, dann nehmen sie die Sache nicht besonders ernst.

Ich frage die Leute immer, wie sie behandelt wurden, wenn sie eine Anzeige gestellt haben, aber da gibt es kein einheitliches Bild. Manche sagen, dass die PolizistInnen freundlich waren, manche klagen, dass sie nicht beachtet wurden, andere fühlten sich als Schuldige behandelt. Manchmal macht ja auch der Ton die Musik. Es gab einen Fall, da wurden zwei Flüchtlinge von dem

Beamten konsequent geduzt, ihre deutschen Lebensgefährtinnen aber gesiezt. Am Ende riet der Polizist den Flüchtlingen noch davon ab, Strafantrag zu stellen, weil er erst einmal hören wollte, wie die Beschuldigten, zwei deutsche Männer, den Vorfall sehen. In einem anderen Fall bekam ein Vietnameser, der verprügelt worden war, eine Anzeige, weil er sich in dem Landkreis, in dem er zusammengeschlagen wurde, als Asylbewerber nicht hätte aufhalten dürfen.

Meist ist das Gericht der einzige Ort, an dem die Tat richtig besprochen wird und wo sich im Laufe des Verfahrens alle Beteiligten dazu äußern müssen. Die Erwartung der Opfer ist, dass das Unrecht anerkannt wird, das ihnen widerfahren ist. Vielen ist wichtig, dass die Diskriminierung benannt wird. Die politische Tatmotivation wird aber nur selten hervorgehoben; eigentlich nur dann, wenn die Geschädigten sich durch RechtsanwältInnen vertreten lassen, die diese Fragen aufbringen. Die StaatsanwältInnen und RichterInnen sehen ihre Aufgabe vor allem darin, den Rechtsbruch zu ahnden: Es gibt Gesetze, hier wurde dagegen verstoßen, das wird bestraft. Wenn der politische Hintergrund aber nicht berücksichtigt wird, erfüllt die Justiz nicht die Erwartungen vieler Opfer, dass das besondere Unrecht, das ihnen widerfahren ist, festgestellt wird. Richtig fatal wird es, wenn RepräsentantInnen der staatlichen Gewalt die Ideologie der Ungleichheit, die von den Schlägern vertreten wird, reproduzieren. Ich habe einmal ein Verfahren erlebt, da hat der Staatsanwalt von dem Geschädigten immer als »Neger« gesprochen – genau die rassistische Beleidigung, die das Opfer durch die Schläger erfahren hatte.

Ein einziges Mal habe ich es erlebt, dass Angeklagte Reue zeigten. Das waren ganz normale junge Männer. Sie haben sich entschuldigt und gesagt, dass sie es sich nicht erklären könnten, weshalb sie in jener Nacht den Ausländer gejagt und auf ihn eingetreten haben. Denen habe ich es abgenommen, dass es ihnen wirklich Leid tat. Es ist schon bemerkenswert, dass die Rech-

ten nicht einmal die Möglichkeit nutzen, sich zumindest formal bei den Opfern zu entschuldigen. Das würde sich ja strafmildernd auswirken. Ich kann es mir nur so erklären, dass sich die TäterInnen so eindeutig im Recht fühlen.

Damit stehen sie auch nicht unbedingt allein da. Oftmals wird, wenn die Verhandlung öffentlich ist, der ganze Tathergang detailliert vorgetragen. Ich stelle mir vor, dass die Freundin oder die Eltern des Täters die ganzen Details der Tat hier das erste Mal hören. Da habe ich aber nie Betroffenheit bemerkt, nicht die Frage: »Wozu ist der Mensch, den ich kenne, fähig?« Man kann nicht in die Köpfe schauen, aber wenn ich sehe, wie die Freundin nach einer solchen Schilderung in der Pause versucht, den in Haft befindlichen Mann einen Kuss auf die Wange zu drücken, da frage ich mich schon: Ist es denn gar nicht von Belang, dass man gerade gehört hat, wie dieser Mann jemanden fast totgeschlagen hat? Das Publikum kommentiert die Verhandlung manchmal auch durch Bemerkungen oder Lachen. Ich erinnere mich an eine Verhandlung, da hatte ein Asylbewerber ausgesagt, der lebensgefährliche Verletzungen erlitten hatte. Aus dem Publikum kamen ununterbrochen Kommentare, die seine Glaubwürdigkeit in Frage stellen sollten. Als es schließlich um die Erstattung seiner Fahrtkosten zum Gericht ging, wurde aus dem Publikum gerufen: »Guck mal, wie der angezogen ist, der hat doch Geld. Wozu soll der seine Fahrtkosten wiederkriegen?« Während der gesamten Verhandlung war ein solcher Hass im Saal zu spüren.

Für die Betroffenen ist die Opferperspektive wichtig, weil sie dort Hilfe finden, die ihnen sonst niemand in der Form anbietet. Aber was die Intervention in die politischen Verhältnisse betrifft, die die Gewalt hervorbringen, da stößt man einfach an eine Grenze. Ich bin überzeugt, dass die strukturelle Diskriminierung angegangen werden muss, wenn rechtsextreme Einstellungen zurückgedrängt werden sollen. Flüchtlingen wird eine bestimmte Rolle in der Gesellschaft zugewiesen, durch

Gutscheinverpflegung, zentrale Unterbringung, Arbeitsverbot und so weiter. Es ist für jede und jeden sichtbar, dass diese Menschen weniger Rechte haben, und das trägt dazu bei, dass Menschen mit rassistischen Einstellungen sich legitimiert fühlen, sie anzugreifen. Wenn ich aber diese Strukturen in Frage stelle, höre ich immer das gleiche Argument: Das Gesetz schreibt es vor, dass AsylbewerberInnen weniger Rechte haben. Das wird mehr oder weniger allgemein akzeptiert, selbst von Menschen, die sich in Bündnissen gegen Rechts engagieren.

Es ist wirklich frappierend, wie weit rassistische Vorurteile verbreitet sind, auch unter Menschen, die nichts gegen AusländerInnen haben; wie leichtfertig etwa geglaubt wird, dass Flüchtlinge kriminelle Handlungen begehen. Ein Sachbearbeiter in einer Behörde sagte mir einmal über einen Asylbewerber: »Der hat ja so viel Geld.« Ich habe gefragt, wie er darauf käme. Er sagte, der habe Zigaretten gehabt, und: »Wie soll er sich die denn leisten, mit seinen 20 Euro im Monat?« Da wird angenommen, dass jemand in kriminelle Geschäfte verwickelt ist, nur weil er eine Zigarette geraucht hat – das muss man sich einmal vorstellen. Das Problem ist nicht so sehr, dass der Sachbearbeiter nun schlecht über den Asylbewerber denkt, sondern dass er auf der Grundlage solcher Einschätzungen Entscheidungen treffen kann, die schwerwiegende Konsequenzen haben können.

Vor kurzem hat ein Asylbewerber, den ich besucht habe, auf die Frage, wie es ihm ginge, geantwortet: »On est là« – »Man ist da«. In dem Heim sind viele junge Männer, sportliche Typen, die haben alle Bluthochdruck. Das ist doch nicht normal! Sie sitzen da – Akademiker, Musiker, feinsinnige Menschen – sie sitzen da, ohne jede Perspektive. Manche bauen richtig ab, kommen in die Psychiatrie, dann wieder ins Heim, dann wieder in die Psychiatrie. Bei meinem letzten Besuch in dem Heim habe ich eine Frau kennen gelernt. Sie ist staatenlos, aber ihr Mann und die Kinder haben Pässe. Die haben ihr die Kinder richtig aus dem Arm gerissen und sie zusammen mit dem Mann abgeschoben. Die Frau wird wahnsinnig vor Schmerz.

Es sind ganz viele Personen daran beteiligt, diese Menschen zu verwalten: MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde und des Sozialamts, die Ausländerbeauftragten, das Heimpersonal, die Sicherheitsdienste – alle sehen, unter welchen Bedingungen sie leben. Alle erledigen ihre Aufgaben, manche finden es zwar schlimm, aber niemand steht auf und sagt, dass man Menschen so nicht behandeln darf. Ich glaube, wenn einer ihrer Angehörigen zu so einem Leben gezwungen wäre, würden sie alle Hebel in Bewegung setzen. Die Gleichgültigkeit, mit der das alles über Jahre, auch aus der Nähe, zur Kenntnis genommen wird, kann ich einfach nicht begreifen.

Olga Schell, aufgezeichnet am 8.12.2006



An der Bundesstraße 96, Oktober 2006

Ausstellung »Opfer rechter Gewalt«: Nur wenige Namen bleiben in Erinnerung



Im Jugendgästehaus Dachau, Oktober 2006, Foto: Toni Heigl

»Das Überzeugende an der Ausstellung ist, dass sie den Opfern rechter Gewalt, die nur kurz in der Presse aufblitzen und nicht im Gedächtnis bleiben, eine Biografie und ein Gesicht gibt«, sagt Barbara Thimm, die pädagogische Leiterin des Jugendgästehauses Dachau. Im Oktober 2006 zeigte die Begegnungsstätte in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers die Dokumentation »Opfer rechter Gewalt« von Rebecca Forner.

Ausgehend von einer Chronik des *Tagespiegel* und der *Frankfurter Rundschau*, hat die Künstlerin aus Archiven Zeitungsmeldungen und Fotos der Menschen zusammengetragen, die seit 1990 von Rechtsextremen in Deutschland getötet wurden. Den BesucherInnen sind meist nur wenige der vielen Namen in Erinnerung: die Familie Genç, die 1993 in ihrem Haus in Solingen verbrannte; Farid Guendoul, der 1999 bei der »Hetzjagd von Guben« zu Tode kam; Alberto Adriano, den Neonazis im Sommer 2000 im Dessauer Stadtpark erschlugen. Die meisten Schicksale sind längst vergessen. Es sind 131 Menschen aus Ost- und Westdeutschland, MigrantInnen und Deutsche aller Altersgruppen und Berufe.

Neben der schieren Größe der Ausstellung verstören viele BesucherInnen die nichtig erscheinenden Anlässe der Gewalt. Auf einer Tafel ist unter dem Namen Carlos Fernando notiert: »Der Mosambikaner wurde am 15. August 1999 in Kolbemoor (Bayern) von einem 31-jährigen Mann totgeprügelt, der sich zuvor darüber aufgeregt hatte, dass das Auto seiner Freundin von Afrikanern zugeparkt worden war.« Die Hintergründe der Taten werden nicht erklärt, vielmehr werden die BesucherInnen selbst befragt: »Opfer?«, »Täter?«, »Zuschauer?« Diese Begriffe sind auf Spiegeln notiert, in denen man zwischen den Gesichtern der Opfer unvermittelt sein eigenes sieht. »Ich will, dass die Besucher darüber nachdenken, wie sie sich verhalten werden, wenn jemand bedroht wird«, sagt Rebecca Forner. Die Künstlerin ist überzeugt, dass sie helfen muss. Zugleich weiß sie, dass sie Angst haben wird: »Wenn ich eingreife, laufe ich Gefahr, selbst angegriffen zu werden. Wenn ich nicht eingreife, werde ich in den Augen des Opfers zur Mittäterin.«

Seit nunmehr drei Jahren wird die Dokumentation von der Opferperspektive betreut. In mehr als 30 Städten, verteilt

über die ganze Bundesrepublik, war sie seitdem zu sehen. Erfreulich ist, dass mehr und mehr Schulklassen die Ausstellung im Rahmen des Unterrichts besuchen. Dazu bietet die Opferperspektive Workshops an, in denen die Jugendlichen in Zeitungsartikeln selbst nach den Biografien der Opfer recherchieren sowie gesellschaftliche Ursachen und Verbindungen mit eigenen Erfahrungen diskutieren können.

Für 2007 stehen bereits neun neue Ausstellungsorte fest. Zunächst jedoch wird es eine Überarbeitung geben, denn die Dokumentation der Todesopfer muss ergänzt werden. Zuletzt fiel Tim M. im November 2005 in der Nähe von Ravensburg rechter Gewalt zum Opfer. Der 20-Jährige wurde von einem ehemaligen NPD-Mitglied niedergestochen, weil er sich für seine Begleiter einsetzte, als diese rassistisch beschimpft wurden. Für ihn gilt das gleiche wie für die meisten Menschen, an die in der Ausstellung erinnert wird: Keine überregionale Zeitung hat je über den Fall berichtet. Die Öffentlichkeit kennt weder seinen Namen noch sein Gesicht.

www.opfer-rechter-gewalt.de

Rechte Szene in Hennigsdorf: »Fast normale Jugendkultur«



Hennigsdorfer Antirassismudemo, Oktober 2006, Foto: Juri Eber/Agentur Ahron

In der Nacht zum 9. August 2006 wurden in Hennigsdorf vier »Stolpersteine« aus der Straße gerissen und gestohlen. Die Messingplatten, die an eine vor den Nazis geflohene jüdische Familie erinnerten, waren im Mai dieses Jahres in der Kleinstadt nördlich von Berlin verlegt worden. Am 16. August beschmierten Unbekannte das Sowjetische Ehrenmal mit Hakenkreuzen. Nur wenige Tage später war die Fassade der Albert-Schweizer-Oberschule, die sich an der Aktion »Schule ohne Rassismus« beteiligt, mit Naziparolen übersät. Am 30. August wurde ein Angestellter des Döner-Imbisses am Bahnhof von drei Rechten angegriffen und mit einer Bierflasche bewusstlos geschlagen.

Angesichts der Häufung rechter Straftaten beklagt die Bürgerinitiative »Hennigsdorfer Ratschlag«, dass die rechte Szene immer aggressiver werde. Flüchtlinge, MigrantInnen und linke Jugendliche sehen sich mit einer bedrohlichen Präsenz der Rechten konfrontiert. Im April dieses Jahres war ein junger Mann aus der Punkszene von Mitschülern als »Zecke« beschimpft und zusammengeschlagen worden. Nach einer Anzeige wurde der Schüler mehrmals bedroht, so dass er sich

zeitweise nicht mehr in die Schule wagte und bestimmte Straßen mied. Von der Schulleitung erhielt er Unterstützung und konnte in eine Klasse ohne rechte MitschülerInnen wechseln. Die Möglichkeiten, den Rechten aus dem Weg zu gehen, sind in der kleinen Stadt jedoch beschränkt. Auch bei den AsylbewerberInnen, die im nahe gelegenen Flüchtlingsheim Stolpe untergebracht sind, ist die Stimmung schlecht. »Viele haben Angst und meiden den Kontakt zu Deutschen«, sagt Eucker D., der aus Benin stammt. Der 34-Jährige konnte sich im Juli 2005 gerade noch in die Unterkunft retten, nachdem ihn zwei Rechte auf dem Heimweg bedroht und verfolgt hatten.

Direkt neben einem Internetcafé, das viele der Flüchtlinge für billige Auslandsgespräche nutzen, liegt das Geschäft »On the Streets«. In dem Laden, der von dem Sänger der Neonazi-Band »Spreegeschwader« betrieben wird, werden rechtsextreme CDs, Szenekleidung und Accessoires angeboten. Die Aufdrucke der T-Shirts – »Ku Klux Klan« oder »National Born Killer« – bewegen sich immer hart am Rande der Legalität. »On the Streets« ist der einzige Laden hier, der überhaupt Musik verkauft;

nicht nur von Nazibands, auch andere Musik; der gehört fast schon zur normalen Jugendkultur«, beklagt einer der Aktiven der »Hennigsdorfer Antifaschistischen Initiative«. Am 22. Oktober 2006 hat die Gruppe eine Demonstration gegen den Neonazi-Laden organisiert, an der sich etwa 200 HennigsdorferInnen beteiligten.

Die Jugendlichen wollten mit der Aktion auch ihrer Forderung nach einem alternativen Begegnungszentrum Nachdruck verleihen, in dem den Rechten, anders als in den bestehenden Jugendeinrichtungen, der Zutritt verwehrt bleiben soll. Sie beklagen, dass es ihnen in dem städtischen Jugendclub mit dem Hinweis auf ein »Neutralitätsgebot« untersagt worden sei, zu einer Veranstaltung gegen Rechts einzuladen. Es ist zu hoffen, dass das berechtigte Anliegen nun Gehör findet. Denn die Stadtverordnetenversammlung erklärte am 6. Dezember, dass es »keinen Raum für Angriffe auf Menschen, die anders aussehen, anders sprechen, anders lieben und leben«, geben dürfe. Die CDU stimmte als einzige Fraktion gegen das Bekenntnis zur Demokratie, und brachte auch keine eigene Erklärung ein.

Rechte Gewalt – drei Monate in Brandenburg



Neonazis in Potsdam, Oktober 2004

Im Folgenden dokumentieren wir Gewalttaten, die sich zwischen Anfang September und Ende November 2006 in Brandenburg ereignet haben. Da erfahrungsgemäß viele Delikte erst später bekannt werden, wird sich die Liste voraussichtlich noch verlängern.

21.11.2006, Frankfurt (Oder):

Eine junge Frau wurde von drei Rechten getreten und geschlagen. Einer der Täter versuchte, ihre Haare in Brand zu setzen.

18.11.2006, Bernau:

Auf der Rückfahrt von einer Neonazi-Demonstration in Seelow wurden mehrere Gegendemonstranten am Bahnhof von einer Gruppe Rechter beleidigt, geschubst und mit Schlagstöcken bedroht.

18.11.2006, Frankfurt (Oder):

Sechs linke Jugendliche wurden in der Straßenbahn von einer zehnköpfigen Gruppe Rechter beleidigt und angegriffen, wobei drei der Linken leichte Verletzungen erlitten.

4.11.2006, Blankenfelde:

Eine TV-Journalistin und ein Kameramann, die Aufnahmen einer Versammlung der »Heimattreuen Deutschen Jugend« machten, wurde von vier Neonazis angegriffen. Die Journalistin wurde zu Boden geworfen und ins Gesicht geschlagen, der Kameramann wurde geschlagen und gewürgt.

3.11.2006, Spremberg:

Ein alternativer Jugendlicher wurde auf dem Schulweg von mehreren Rechten bedroht und ins Gesicht geschlagen, wobei ein Stück Zahn abbrach. Vorher hatten die Täter angekündigt, auf »Zerkenjagd« gehen zu wollen.

30.10.2006, Schönwalde:

Unbekannte versuchten, einen Mosambikaner und seine Familie einzuschüchtern, indem sie vor deren Einfamilienhaus Feuerwerkskörper zündeten.

23.10.2006, Eisenhüttenstadt:

Ein 18-Jähriger wurde von vier Rechten angegriffen. Einer der Täter kam mit seinem Kampfhund auf ihn zu und schlug ihm ins Gesicht. Die eintreffende Polizei begrüßte der Täter mit »Sieg Heil«. Das Opfer wurde ambulant im Krankenhaus behandelt.

20.10.2006, Rathenow:

Mehrere linke Jugendliche wurden vor einer Diskothek von etwa 15 Rechten mit Steinen und Flaschen beworfen.

3.10.2006, Fürstenwalde:

Ein Libanese wurde von acht Männern zusammengeschlagen. Die Täter schlugen ihm ins Gesicht und traten auf ihn ein, bis er das Bewusstsein verlor. Zuvor hatten sie Jagd auf drei andere Libanesen gemacht und dabei »Halt an, du Kanake!« gerufen.

17.9.2006, Forst:

Ein indischer Asylbewerber wurde als »Scheiß Kanake« beschimpft und von drei Männer festgehalten, während ein vierter Mann ihn schlug. Anschließend nahm der Schläger das Mobiltelefon des Asylbewerbers an sich. Als das Opfer dieses zurück verlangte, zog der An-

greifer ein Messer und versuchte, den Inder damit am Hals zu verletzen.

16.9.2006, Rathenow:

Ein Jugendlicher wurde verletzt, als eine etwa 15-köpfige Gruppe Rechter Steine und Flaschen auf BesucherInnen einer Diskothek warf.

15.9.2006, Lübben:

Ein 16-Jähriger wurde auf dem Spreewaldfest von einem Rechten geschlagen und bedroht. Der Jugendliche hatte den Täter zuvor wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und gefährlicher Körperverletzung angezeigt.

9.9.2006, Teltow:

Ein Jugendlicher wurde von zwei Rechten mit Flaschen beworfen und verfolgt. Nachdem er in sein Wohnhaus flüchtete, traten die Täter die Außentür ein und warfen Steine gegen die Fenster der Wohnung.

4.9.2006, Potsdam:

Zwei linke Jugendliche wurden von vier Rechten als »Scheiß Antifa« angepöbelt. Einer der Täter warf sein Fahrrad auf einen der Linken, was dieser abwehren konnte.

4.9.2006, Blumberg:

Zwei junge Männer kamen auf das Grundstück einer indischen Familie und beschimpften die Eigentümerin als »Scheiß Ausländer«. Als die Frau in das Haus flüchtete, versuchten die Täter einzudringen. Als dies nicht gelang, randalierten sie im Garten.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Opferperspektive e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam (neue Anschrift!)
Telefon: 0171 1935669
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion:

J. Frykman, Opferperspektive

Gestaltung:

S. Steinhof, www.rrita.de

Spendenkonto:

3502023041

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam

BLZ: 16050000